

# **Agrarpolitisches Bündnis Bremen**

c/o Bremer EVG. Am Dobben 43a, 28203 Bremen, Tel. 0421-3499077

## **Pressemitteilung**

### **Massentierhaltungsprodukte aus Kitas, Schulen und Kantinen verbannen!**

Nachhaltige Ernährung in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung ist machbar!

Die Ablehnung der SPD-Fraktion zum Antrag der Grünen, bis 2020 „die öffentliche Beschaffung von Nahrungsmitteln ohne Produkte aus der Intensivlandwirtschaft und der Massentierhaltung“ zu ermöglichen ist nicht nachzuvollziehen und entspricht auch nicht dem Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung, so das Agrarpolitische Bündnis Bremen.

Regionale und biologisch erzeugte Produkte kommen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern zurzeit sehr gut an. Laut einer Umfrage des Bundeslandwirtschaftsministeriums, dem Ökobarometer 2013, bevorzugen 92 Prozent der Befragten Lebensmittel, die aus der Region stammen. Die Kombination "bio" und "aus der Region" wird von insgesamt 77 Prozent aller im Rahmen der Studie Befragten bevorzugt. In den Städten ist dieser Trend sogar noch ausgeprägter als auf dem Land. Laut Ökobarometer würden drei von vier Befragten für Lebensmittel aus regionaler Erzeugung einen höheren Preis zahlen.

Eine nachhaltigere Ernährung muss zudem nicht teurer sein und nicht mit einem totalen Fleischverzicht einhergehen, wenn z.B. Schulkens, Kantinenpächter und Caterer der Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) folgen würden und statt täglich Fleisch lediglich 2-3 mal eine Fleischportion anbieten würden. „Lieber weniger Fleisch essen, dafür aber aus artgerechter Tierhaltung und der ökologischen Landwirtschaft“, so Peter Bargfrede, Sprecher des Bündnisses von der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (EVG). Immer mehr Menschen verzichten ohnehin aus gesundheitlichen, ethischen und ökologischen Gründen – wie dem Klimaschutz - freiwillig auf den Fleischkonsum.

Das Agrarpolitische Bündnis begrüßt ausdrücklich, dass erstmals in einem Antrag einer Bürgerschaftsfraktion ein konkretes Ziel genannt wird: bis 2020 z.B. kein Fleisch mehr aus der Massentierhaltung in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung zu verwenden. „Dieses Ziel muss aber von einem mehrjährigen Aktionsprogramm ‚Regional, bio und fair in Bremen‘ flankiert werden, damit die Umstellung auf eine nachhaltigere Ernährung in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung auch von den Kindern, Eltern, Lehrern, Kantinenpächtern und dem Küchenpersonal akzeptiert wird“, so der Sprecher weiter. Konzepte dafür haben Bremer Bio-Akteure bereits vorgelegt.

Hauptstadt des Fairen Handels ist Bremen bereits, „mit der städtischen Förderung von biologisch zertifizierten Erzeugnissen und regionalen Produkten sollte neben den sozialen Seiten des Fairen Handels auch auf die umwelt- und gesundheitlichen Aspekte des biologischen Anbaus eingegangen und somit die Gesichtspunkte des Nachhaltigen Konsums komplettiert werden, wozu sich Bremen auch bereits per Koalitionsvertrag im Projekt „Biostadt Bremen“ verpflichtet hatte“ so der Sprecher des Bündnisses.

Was das SPD-regierte Nürnberg sich vorgenommen hat, müsste in Bremen doch auch möglich sein. Dort beschloss die Stadt folgende Ziele: 50 Prozent Bio-Anteil in Schulen und Kitas, bei Empfängen des Oberbürgermeisters; 25 Prozent Bio-Anteil bei allen städtischen

Einrichtungen, Veranstaltungen, Spezial-Märkten und Beteiligungen; 10 Prozent Anteil ökologisch Landwirtschaft. Da ist Bremen schon weiter: im vergangenen Jahr wurden hier schon mehr als 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet.

„Immer mehr Menschen haben es satt und wollen eine andere Landwirtschaft, einen sorgsameren Umgang mit Lebensmitteln, einen sanfteren Abschied vom Fleisch, das Ende der Massentierhaltung und der chemielastigen und gentechnisch aufgerüsteten Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und eine gerechte globale Agrarordnung. Hier könnte Bremen mal vorbildhaft vorgehen, zumal es hier keine Agrarindustrie gibt, nur leider ein paar mutlose Politiker“, so Peter Bargfrede.

Bremen, 19.5.2014  
P.B.

Mitglieder Agrarpolitisches Bündnis Bremen:



AK gentechnikfreie Lebensmittel Ottersberg und umzu, VerbraucherAnStiftung